

**Gültig ab 31.03.2023**

**Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt Luckenwalde vom 10.03.2009  
in der Fassung der 1. Änderung**

- Satzung unterzeichnet am 29.06.2021, veröffentlicht im Amtsblatt für die Stadt Luckenwalde Nr. 16/2021 vom 30.06.2021, Beschlussvorlagen-Nummer B-7235/2021
- 1. Änderungssatzung unterzeichnet am 29.03.2023, veröffentlicht im Amtsblatt für die Stadt Luckenwalde Nr. 07/2023 vom 30.03.2023, Beschlussvorlagen-Nummer B-7431/2023

**Inhalt**

§ 1 - Anwendungsbereich.....	1
§ 2 - Einwohnerfragestunde.....	1
§ 3 - Einwohnerversammlung.....	1
§ 4 - Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen .....	2
§ 5 - Inkrafttreten.....	2

**§ 1 - Anwendungsbereich**

Gemäß § 7 der Hauptsatzung der Stadt Luckenwalde vom 10.03.2009 werden die näheren Einzelheiten über die Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner in dieser Einwohnerbeteiligungssatzung geregelt.

**§ 2 - Einwohnerfragestunde**

- (1) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Einwohner berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Angelegenheiten der Stadt Luckenwalde an die Stadtverordnetenversammlung oder den Bürgermeister bzw. dessen Vertreter zu stellen sowie Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Die Einwohnerfragestunde dient nicht der Klärung von Einzelproblemen der Einwohner. Eine Diskussion über das Anliegen oder die erteilte Antwort findet nicht statt. Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten.
- (2) Die Beantwortung einer Frage erfolgt in der Regel mündlich in der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bzw. den Bürgermeister. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen. Schriftliche Antworten sind dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis zu geben.

**§ 3 - Einwohnerversammlung**

- (1) Wichtige Angelegenheiten der Stadt Luckenwalde sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet oder Teile des Gebietes der Stadt durchgeführt werden. Voraussetzung ist, dass es sich um eine gemeindliche Angelegenheit handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt oder Teile

der Stadt betrifft oder die mit erheblichen Auswirkungen auf die Stadt oder Teile der Stadt verbunden ist.

- (2) Der Bürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften über die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter leitet die Versammlung. Er kann weitere Verwaltungsbedienstete sowie sachverständige Dritte zur Einwohnerversammlung laden. Die Regelungen über die Sitzungsleitung und das Hausrecht gemäß § 37 BbgKVerf gelten. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverordneten und der Ortsvorsteher sowie die Mitglieder des Ortsbeirates, deren Ortsteil von der Angelegenheit betroffen sind, sind berechtigt, an der Sitzung teilzunehmen.
- (3) Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.
- (4) Die Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung sollen dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung sowie den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet werden.

#### **§ 4 - Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen**

Die in Paragraph 2 und 3 genannten Formen sind auch für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offen. Darüber hinaus beteiligt die Stadt Luckenwalde Kinder und Jugendliche in sie berührenden Gemeindeangelegenheiten in folgenden Formen:

1. das aufsuchende direkte Gespräch,
2. durch offene Beteiligung
  - a. Kinder- und Jugendbefragungen,
  - b. Informationsveranstaltungen und
  - c. Podiumsdiskussionen.
3. Projektbezogen durch dialogische Beteiligung
  - a. Kinder- und Jugendforen,
  - b. Diskussionsrunden und
  - c. Workshops
  - d. temporäre Arbeitsgruppen.

Im Rahmen der Umsetzung der in Absatz 2 und 3 genannten Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung, kann in begründeten Fällen eine Zufallsauswahl von Teilnehmenden sowie die Verarbeitung der benötigten Daten aus dem Melderegister erfolgen.

#### **§ 5 - Inkrafttreten**

Diese 1. Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.